

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag 11. August 1893.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Berna. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Illies.  
Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Meinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Deutschland.

**Berlin, 11. August.** Das Dienstleistungs-  
gesetz, das dem „M.-Wochenbl.“ zufolge  
dem Prinzen Heinrich verliehen ist, ist das am  
blauen Bande zu tragende goldene Kreuz, das  
jeder Offizier und Sanitätsbeamter der preussischen  
Armee und der kaiserlichen Marine nach zurück-  
gelegtem 25. Dienstjahre erhält. Eine andere  
Veranlassung liegt bei Verleihung des sogenannten  
„Dienstkreuzes“ niemals vor und beim Prinzen  
Heinrich hängt die Auszeichnung am allerwenigsten  
mit dem jüngsten traurigen Ereignis auf dem  
„Boden“ zusammen. Bei Verleihung der 25.  
Dienstjahre werden die Kriegsjahre doppelt ge-  
zählt und bei der Marine findet außerdem eine  
besondere Berechnung der Seefahrtzeit statt, d. h.  
derjenigen Zeit, die der Offizier auf den in Dienst-  
gestellten Schiffen zugebracht hat. Prinz Heinrich  
ist erst am 14. August 1872 eingetreten, d. h.  
also noch nicht ganz 21 Jahre, so daß ihm bei  
Verleihung des Kreuzes auf seine Seefahrtzeit  
mehr als vier Jahre besonders angerechnet sind.  
Prinz Heinrich ist unseres Wissens der erste  
deutsche Prinz, der das Dienstkreuz in der  
Stellung als Oberst oder Kapitän zur See er-  
halten hat; alle anderen Prinzen hatten bei der  
Verleihung bereits höhere Chargen inne. Der  
Prinz ist seit dem 27. Januar 1889 in seiner  
jetzigen Stellung. Bei der Marine hat er als  
Kapitän zur See noch vier Vorgesetzte, Baro-  
nen, Venedemann, Blüdemann und Trapp, bei  
der Landarmee hatte er bereits im November  
1891 in der regelmäßigen Reihenfolge zum Ge-  
neralmajor befördert werden können; in der  
Zwischenszeit sind bereits 75 jüngere Obersten zu  
Generalmajors aufgerückt. Man erwartet allge-  
mein, daß Prinz Heinrich an seinem bevorstehen-  
den Geburtstage (14. d. M.), an welchem er in  
sein 32. Lebensjahr eintritt, zum Kontradmira-  
l und Generalmajor aufrücken wird.

Im Zentralbureau der nationalliberalen  
Partei ist gegen den Bericht über die letzte  
Sitzung der 9. Legislaturperiode des Reichs-  
tages erschienen. Die Reichsgesetzgebung in der  
1. Session der 9. Legislaturperiode; 4. bis 15.  
Juli 1893. Preis 60 Pf. Die Schrift beginnt  
mit einer Darstellung der jüngsten Reichs-  
tagwahlbewegung und der Schicksale der kämpfenden  
Parteien. Es folgt die Wiedergabe der 21 In-  
teresse, die Angelegenheiten des neuen Gesetzesge-  
bietes, der Vergleich desselben mit der am 6. Mai abge-  
lehnten Vorlage, und die Betrachtung seiner  
finanziellen Wirkung. Die im Reichstag darüber  
geführten Verhandlungen sind ausgiebig wieder-  
gegeben, die Rede des Herrn v. Bennigsen nach  
dem stenographischen Wortlaut.

Gegen den Ausschuss ihrer Beauftragten  
vom Züricher Kongress veranlaßten am Mitt-  
woch Abend die „revolutionären Sozialisten“ und  
die „Anarchisten“ eine Protestversammlung, die  
von etwa 400 Personen besucht war. Von einem  
Dutzend Redner wurde den Führern und Dele-  
gierten der „fraktionellen“ gründlich der Text ge-  
lesen. Ein Brief des Redakteurs des „Sozialist“,  
Anbauer, der über die Vorgänge berichtete, nannte  
die 80 deutschen Delegierten „wackelknie“ und  
„mehrfach“. Alle hätten sich der „hohen Drück-  
heit“ geknechtet. Nur die, sei beschlossen worden,  
sollten teilnehmen, die auf geistlichem Wege  
etwas erreichen wollten. (Schallendes Gelächter.)  
Alles andere sei den deutschen Genossen auch in  
deutscher Sprache vorgelesen worden, nur nicht  
der Protest der Franzosen gegen die Ausschüsse.  
Singer habe die Weisung gegeben, die Unab-  
hängigen und die Anarchisten hinauszujagen.  
Auf diese seien dann Schweizer und Deutsche mit  
Stöcken, Pfeifen und Stockschlägen eingedrungen,  
nachdem auch Bebel noch empfohlen hatte,  
nützlichfalls für handfeste Leute zu sorgen. Bei  
dem entstehenden Kravall hätten die sozialistischen  
Sozialdemokraten sogar nach der Polizei gefahndet.  
(Gelächter.) Singer habe die Hinausgewerfenen,  
die mehr Sympathie fänden, als sie erwartet  
hätten, dann auffordern lassen, am anderen Tage  
wieder zu kommen, da die Entscheidung des Kon-  
gresses über die Mandat anstünde. Jedem-  
falls habe er den tiefen Eindruck der Schand-  
szenen verewigen wollen. Die Vergewaltigten ver-  
zichten jedoch sehr gern auf die Schande, mit  
Sozialdemokraten zusammenzufügen. — Der „Vor-  
wärts“ — hieß es in der freien Aussprache —  
habe seine Leser über die Vorgänge täuschend be-  
trübt. Mit solchen Diktatoren, wie sie in Zürich  
sahen, wäre im Zukunftsstaate erst gar nicht mehr  
zu verhandeln; da würde man die Opponenten  
einfach tödlichen. Die Sozialdemokratie sei zur  
Demokratie der freisinnigen Partei herabgefallen.  
Restaurant Wüste hielt die Vorgänge in Zürich  
für selbstverständlich, da die Führer nur für ihre  
Eigennützigkeit kämpften. Sie hätten gewußt, daß man  
ihnen ihre Schurkenstreiche würde vorgezogen  
haben, und durch ihr Verhalten aufs Neue ge-  
zeigt, daß sie nicht bloß Demagogen, sondern  
Schurken seien. (Beifall und Widerspruch.)  
Wer durch die Ausbeutung seiner Arbeiterinnen  
Millionen werde oder sich seine Häuser so theuer  
bezahlen lasse, daß kein Arbeiter sie lesen könne,  
der handle nur im eigenen Interesse. Schloffer  
wollte gerne auf die neue Welt der Frei-  
heit, Gleichheit und Brüderlichkeit verzichten, wenn  
sie so aussehen sollte, wie das Bild davon in  
Zürich. Bebel habe ganz abgelenkt gelogen.  
Schneider Wiesemann nannte Bebel wiederholt  
den Papst der Partei. Er habe in der Vor-  
lesung die Delegierten so zusammengefaßt, daß  
sie nicht anders hätten stimmen können. Die  
Delegierten seien wie Unteroffiziere, die sich dem  
Willen der Offiziere fügen mußten, wenn sie es  
zu einer Stellung bringen wollten. Die heutige  
Sozialdemokratie lasse das Proletariat unter sich  
verdingern und schaffe sich die vom Halbe, die  
sie selbst angebaut habe. Genosse Schreiber be-  
zeichnete das Hinauswerfen der Anarchisten als  
Schurkerei, Lumperei und Gemeinheit. Wie die  
deutsche Sozialdemokratie pfeife, so tanze jeder  
internationaler Kongress. Sattler Börner bezwei-  
felte nicht, daß Bebel und Liebknecht im gegebenen  
Moment hinter dem Thron bleiben würden, weil  
sie zu sehr arm seien und keine Ideale mehr  
hätten. Nur Frankeln Wabnitz nahm sich der  
Fraktionellen an. Gegen etwa 100 fraktionelle  
Stimmen beschloß die Versammlung folgenden  
Protest:

allein aufs Schürfe bekämpfen, sondern auch das  
Unheil haben, frei sein zu wollen, sowohl vom  
kapitalistischen Joch, wie auch von der Herrsch-  
schaft eitle Demagogen. Sie bittet den Genossen  
Domela Nieuwenhuis, diesen Protest unverzüglich  
dem Kongress zu unterbreiten.

Der Streit, der jetzt zwischen den Kon-  
servativen und Antisemiten ausgebrochen ist, hat  
— so schreibt die „Magd. Ztg.“ — wenigstens  
das eine Gute, daß er die Gefahren, die das Ra-  
tionalisierthum der Gesellschaften von dem  
Schlage der Ahnward in sich birgt, Allen, die  
sehen wollen, klar vor Augen führt. In einer  
Verammlung, die der Rektor zur Widerlegung  
der gegen ihn erhobenen Angriffe einberufen hatte,  
hat er aufs Neue Veranlassung genommen, die  
schon im Wahlkampf von ihm ausgegebene Pa-  
role: Wider Junker und Juden! auszuspielen und  
zugleich das Programm des Antisemitismus auf-  
zustellen, für dessen Verwirklichung er mit seinen  
Freunden im Reichstage einzutreten gedenkt. Er  
will beantragen, daß die großen, gefährlichen Ver-  
mögen der Gesamtheit des Staates einverleibt  
werden. Sämtliche Subventionen sollen ver-  
zagt und in Sequestrationen verwandelt werden.  
Auch Pfändungen, bei denen Juden beteiligt sind,  
sollen verzagt werden, bis die Judenfrage gelöst  
worden. Die Hauptstadt hat viele Veranlassun-  
gen gegeben, in denen tolles Zeug zum Besten ge-  
geben ist. Aber in verklärter und gemeingefähr-  
licher Weise ist noch nicht gehandelt worden gegen  
Alles, was Beiß heißt, als das hier von einem  
Mann geschieht, der sich als der Anwalt aller  
produzierenden Stände aufstellt. Als ob zu den  
produzierenden Ständen nur das Heer der Beut-  
schneider gehöre. Stände nicht zu viel auf dem  
Spiel, so konnte man eine gewisse Genugthuung  
darüber empfinden, daß derselbe Mann, in dem  
die konservativen Staatsmänner des Reichstages  
einen bequemen Handlanger für ihre eigenen po-  
litischen Parteibestrebungen erblickten, sich nunmehr  
in erster Linie gegen die Junker selbst wendet, die  
ihm nicht besser als die Juden erscheinen. Vor  
1848 hätten die Junker, nachher die Juden die  
produzierenden Stände geherrscht, in deren Interesse  
es folglich liege, beide zu bekämpfen. In diesem  
richtigen und gewissenlosen Demagogentum aber  
liegt eine allgemeine Gefahr, die Alle, die es ernst-  
lich mit dem Vaterlande meinen, zur gemeinsamen  
Abwehr herausfordert.

Der Abg. von Bollmar liegt sehr schwer  
krank darnieder, so daß das Schlimmste zu be-  
fürchten steht. Herr von Bollmar reiste mit seiner  
Gattin ohne jeden Aufenthalt aus Schweden nach  
München, wodurch sein im Jahre 1870 aufgetre-  
tenes Rückenmarkleiden sehr verschlimmert wurde.  
Sein Schwächezustand äußert sich, wie der „Fr.  
u.“ schreibt, in ständigen Ohnmächten. Die Wit-  
twahl eines Berichterstatters, daß Herr von  
Bollmar in Zürich anwesend sei, beruhe auf einem  
Irrthum.

Ueber das Probefest, welches auf  
Helsingland während der jüngsten Anwesenheit des  
Kaisers am 8. d. M. abgehalten wurde, ent-  
nehmen wir einem von der „Post“ veröffentlichten  
längeren Bericht folgendes Nähere:  
Bei dem Panzerkorps Nr. 4 sollte das  
Probefest stattfinden, das schon seit einigen  
Tagen die Phantasie der Helsingländer beschäftigt  
hatte. Der Gemeindevorstand hatte durch sein  
Publikationsorgan, den „Anrufer“, allen Haus-  
besitzern das Ersuchen zurufen lassen, um diese  
Stunde die Fenster zu öffnen, damit der Ausbruch  
nicht die Scheiben zerbräche.  
Nicht neben dem mit 47 Kilogramm Pulver  
geladenen Riesengeschütz, auf das sich alle Blicke  
richteten, stand Se. Majestät der Kaiser; weiter-  
hin als Leiter der Kapitanleutnant von Sem-  
mern, als Turmkommandeur der Lieutenant zur  
See Schoppe, und seitens der Fortifikation der  
Premierlieutenant Nicolai. Vom Kommando-  
horte man in der Ferne nichts. Nüchtern erfolgte  
ein furchtbarer Knall, als beste die Insel in zwei  
Hälften; unheimlich schlingend flog das Geschütz  
seine Bahn, schlug in das Wasser ein, fuhr wie-  
der heraus und verschwand alsdann in der Fluth,  
während der Donner der Kanone hoch oben in  
den Wolken ein Echo fand. Vierzehn Kilometer,  
das sind etwa zwei deutsche Meilen, hatte das  
Geschütz zurückgelegt! Zehn Minuten später er-  
folgte ein zweiter auf geringere Entfernung, der  
erwartete dritte blieb ganz aus. Diese Pro-  
beshüsse, die nicht, wie der Helsingländer annahm,  
auf Schießen gerichtet waren, hatten lediglich den  
Zweck, die Festigkeit des Thurnes gegenüber dem  
gewaltigen Ausbruch zu prüfen, und es fiel Alles  
zur Zufriedenheit Sr. Majestät aus. Auch die  
Sorgen, die man in der That wegen der Hüfen  
und Fenster gehabt hat, erwiesen sich als un-  
gegründet. Auch von der Nordspitze der Insel ist  
nichts abgebrochen. Im Unterlande hat man von  
beiden Schiffen gar nichts gehört.

Aus Memel wird dem „Berl. Tgl.“ ge-  
schrieben:  
Die in Folge des Zollkriegs über unsere  
Stadt hereinbrochene Nothlage bildete den Ge-  
genstand der Verhandlungen einer hier einberufenen,  
zahlreich besetzten Versammlung. Es wurde der  
Beschluss gefasst, eine Massenpetition an den Kaiser  
zu richten, da man sich allein von einer solchen  
Vollstundgebung Erfolg verspricht. Im Beson-  
deren wird sich auch das Vorsteheramt der Kauf-  
mannschaft, soweit es ihm nun irgend möglich,  
bemühen, eine Aenderung und Besserung der Ver-  
hältnisse herbeizuführen. In der Petition wird  
in erster Linie eine erhebliche Vermehrung der  
Garnison als billiger Ersatz für die durch die Er-  
höhung der Grenzölle entstehenden Ausfälle em-  
pfohlen. Ferner wird daran erinnert, daß der  
Kaiser selbst mehrfach auf Grund eigener Besich-  
tigung die Aenderung gethan habe: „Aus dem  
Meinere Hafen lasst sich noch etwas machen.“  
und weiter: „Für Memel muß etwas geschehen.“  
Demgemäß wurde die Anregung einer Marine-  
station in Memel als empfehlenswerth hingestellt,  
trotzdem da eine solche bei der anerkannten Vorräth-  
lichkeit des Memeler Hafens ohne alle Schwierig-  
keit vor sich gehen könne; fänden doch auch in  
diesem Jahre wieder Uebungen unseres gefam-  
ten Panzergeschwaders in Memel statt. Schließ-  
lich soll in der Petition die Errichtung eines  
Fischfanggebiets der Erwägung empfohlen werden.

Frankfurt a. M., 10. August. Die Be-  
rathungen der Konferenz der Finanzminister sind  
heute Nachmittag 4½ Uhr geschlossen worden.  
In der heutigen Sitzung wurde, wie die offizielle  
Mittheilung lautet, in der Berathung der speziellen  
Vorschläge zur Deckung der Reichsausgaben  
und zur Durchführung der Reform fortgefahren.

Man einigte sich auch hier über die wesentlichen  
Grundlagen und beschloß, die detaillirte Ausarbei-  
tung und die Erledigung einer Reihe von Spezial-  
fragen der alsbald in Berlin auftretenden, aus  
Vertretern der wesentlich beteiligten Staaten  
und aus Kommissaren der Reichsverwaltung zu  
bildenden Kommission zu übertragen. Es scheint  
beabsichtigt zu werden, so weit irgend thunlich,  
die gesammelten Gesetzentwürfe gleichzeitig dem  
Reichstage bei seinem demnächstigen Zusamen-  
treten vorzulegen.

Alle Aeußerungen der Teilnehmer an der  
Konferenz zeigen, daß dieselben von der Ergeb-  
nisse der Verhandlungen sehr befriedigt sind.  
Ueber die Ergebnisse wird mitgetheilt, daß über  
den Gang der weiteren Arbeiten für die  
eventuell dem Bundesrathe zu machenden Vor-  
lagen überall ein Einverständnis erzielt ist, insbe-  
sondere auch hinsichtlich der heute berathenen  
Frage der eventuellen Besteuerung des Vermögens.  
Wichtige Beschlüsse sind selbstverständlich nirgends  
gefaßt worden, da die ganzen Verhandlungen nur  
den Charakter eines vorläufigen Gedankenaus-  
tausches trugen. Die Frage der eventuellen Be-  
steuerung der Anwartschaft soll bei den Erörterungen  
ebenfalls geistreich sein.

Köln, 9. August. Seit einiger Zeit ist man  
auf der in der Nähe gelegenen Wabner Haide mit  
der Vergrößerung des Schießplatzes beschäftigt, für  
welche in dem diesjährigen Reichspauschalbetriebe  
die Summe von drei Millionen Mark vorgesehen ist.  
Das Gelände, das schon lange für die Schieß-  
übungen unserer Artillerie benützt wurde, soll bis  
auf 12 000 Morgen ausgedehnt werden; es wird  
daher den gewaltigen Krüppelschlagplatz bei  
Weppen an Größe weit übertreffen. Einen Be-  
griff von der riesigen Ausdehnung des zukünftigen  
Schießplatzes kann man sich machen, wenn man  
bedenkt, daß ein ganzes Armeekorps auf ihm wird  
manöuvriren können. Der Platz wird seinesgleichen  
in Deutschland nicht haben.

Aus Sachsen-Meinungen, im August.  
Eine der letzten Saalfelder Gemeinderath-  
sitzungen war nicht beschlußfähig, da die fünf  
sozialdemokratischen Mitglieder weggeblieben waren.  
Auf einen Bericht des Magistrats hat, wie die  
„Frankf. Ztg.“ berichtet, das Staatsministerium  
in Meiningen verfügt, daß der Vorsitzende des  
Gemeinderaths in Zukunft alle ohne genügende  
Entschuldigung ausbleibenden Mitglieder mit  
einer Geldstrafe belegen soll. Der Vorsitzende  
erklärte in der letzten Sitzung demgemäß handeln  
zu wollen.

Dresden, 10. August. Anlässlich des auf  
den 24. Oktober d. J. fallenden fünfzigjährigen  
Jubiläum des Königs wird auf Befehl des könig-  
lichen Kriegsministeriums die Lebensgeschichte des  
Königs herausgegeben. Mit dem Verlage des  
Verkes ist die Dolmetschhandlung von Wilhelm  
Büsch in Dresden betraut, mit der Abfassung  
der Kadaverie-Oberst z. D. Georg v. Schimpff,  
langjähriger Flügel-Adjutant Sr. Majestät des  
Königs, zuletzt Kommandeur des 1. königlichen  
sächsischen Ulanenregiments Nr. 17 „Kaiser Franz  
Josef von Oesterreich, König von Ungarn“. Außer  
der Mitwirkung höchster Persönlichkeiten sind dem  
Verfasser, wie die „Nordb. Allg. Ztg.“ erfährt,  
werthvolle Unterlagen, Skizzenzeichnungen und viel  
andere, bis jetzt noch nicht veröffentlichte Ma-  
terial zur Verfügung gestellt worden. Das Buch  
soll eine Darstellung der militärischen Thätigkeit  
des Königs enthalten, dabei aber auch das Leben  
desselben in großen Zügen schildern, sowie  
ein Bild der sächsischen Armee in den ver-  
schiedensten Zeitabschnitten der letzten fünfzig Jahre  
geben.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. August. Das amtliche Organ  
des österreichischen obersten Sanitätsrathes be-  
zeichnet die sanitäre Lage des österreichisch-ungarischen  
Staatsgebietes als eine sehr ernste. In Ausland  
breite sich die Cholera gegen Westen aus, Galizien  
und die Bukowina seien unmittelbar bedroht.  
In Rumänien habe die Seuche Eingang gefunden.  
In Italien sei die Cholera aus Frankreich, wo  
sie überwinterte, eingeschleppt worden. Somit  
seien die östlichen und südlichen Grenzen in großer  
Gefahr. Die lebhaften Vorzeichen würden da-  
durch gesteigert, daß einzelne Auslandsstaaten  
es nicht gleich das Auftreten der Seuche bekannt  
geben. Wegen der Gefahr der Einschleppung der  
Cholera werden sämtliche Grenzstationen der  
Bukowina abgesperrt. Nur Skizzen ist offen,  
wo eine strenge Untersuchung der Reisenden statt-  
findet.

Von anderer Seite wird hierzu aus Wien  
telegraphisch: Ein Erlaß des Ministers des Innern  
vom 6. d. M. an die politischen Landesbehörden  
fordert dieselben auf, angesichts der zunehmenden  
Verbreitung der Cholera in mehreren benachbarten  
Staatsgebieten etwa eingeschleppte Cholerafälle so-  
fort zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu  
treffen. Der Erlaß schärft die im vorigen Jahre  
aus Anlaß der Epidemie ergangene Instruktion  
ein, namentlich bezüglich der Anzeige von Er-  
krankungsfällen, der Beschaffung aller Erforder-  
nisse für die Spitäler, der Ueberwachung der Be-  
suchsanstalten und industriellen Establishments, der  
Leichte-Verwaltung und der Mitwirkung von Bal-  
neologen bei jeder Landesbehörde. Die amtliche  
„Wiener Abendpost“ meldet, daß bei den zwei  
Personen, welche unter verdächtigen Symptomen in  
Barbarossa und Witalien verstarben, cholera asiatica konstatiert worden sei. Alle Vor-  
sichtsmaßregeln seien getroffen. In Gili (Steier-  
mark) verstarb gestern ebenfalls ein aus Ungarn  
geleiteter Arbeiter an cholera asiatica.

Peß, 10. August. Der „Peß Naplo“ bringt  
eine festsame Entschluß, wonach die ungarische  
Unabhängigkeitspartei eine politische Kooperation  
mit den russischen Sozialisten und deren fran-  
zösischen Freunden versucht hätte. Das Blatt  
publizirt sogar eine bezügliche Denkschrift. Ein  
ehemaliger Beamter des Wiener Auswärtigen  
Amtes, Kamens Rinder, der unwillkürlich seinen  
Posten verlassen mußte, hätte bereits in Peters-  
burg mit General Rjzow verhandelt. Auch ein  
ungarischer Deputirter, ein bekannter Franzosen-  
freund, ferner der französische Deputirte Pichou  
hätten die wunderliche Verbindung patre-  
nirt. In ersten Kreisen wird die Sache als Farce be-  
zeichnet.

## Niederlande.

O Haag, 9. August. Die bisherigen Debatten  
über das Wahlreformprojekt des liberalen Minis-  
teriums enden in der zweiten Kammer der Genera-  
lstände Hollands haben nur wenig Licht über den

Gegenstand der Diskussion verbreitet. Nur soviel  
ist bis jetzt zu erfahren, daß hier die Geister über  
die Ausdehnung des Stimmrechts ebenso uneinig  
sind, als bei der noch in Behandlung der gleichen  
Dinge im belgischen Parlament. Bis heute haben  
30 Redner zur Sache das Wort ergriffen und  
alle haben sich mit einer Ausnahme für eine Er-  
weiterung der Grenzen des gegenwärtigen Stimm-  
rechts ausgesprochen. Jedoch handelte es sich in  
allen diesen Fällen nur um die Prinzipienfrage,  
und über die Art der Ausdehnung des Stimm-  
rechts herrscht völlige Rathlosigkeit. Ueber die  
Frage der Basis der Stimmrechtsveränderung  
herrschen fast ebensoviel Ansichten, als es Gruppen  
und marante Persönlichkeiten in der zweiten hol-  
ländischen Kammer giebt. Unter diesen Umständen  
ist es fast ausgeschlossen, daß das Projekt der Re-  
gierung ein bloß angenommen wird, und vielleicht,  
bevor Sie diese Ziele erhalten, hat Ihnen der  
Telegraph gemeldet, daß der Gesetzentwurf zur  
Prüfung durch einzelne Sektionen zurückgeschickt  
worden. Diese Art des Verfahrens wird bereits  
allein schon durch die zahllosen Amendements zum  
Entwurf der Regierung nothwendig gemacht. Von  
Seiten der Liberalen, der Katholiken, der Radika-  
len und der Antirevolutionäre sind verschiedene Zu-  
sätze eingebracht, welche alle mehr oder weniger  
das Projekt des Ministeriums im Prinzip der  
Sache angreifen, so daß die Annahme eines oder  
mehrerer dieser Amendements sehr leicht den Sturz  
des Kabinetts zur Folge haben könnte. Um nun  
die eine oder andere Alternative zu vermeiden,  
werden bereits jetzt Schritte zur Verbeiführung  
eines Einverständnisses gethan. Der Premier-  
minister hat sich einem detaillirten Plan völlig ge-  
neigt, und es bekräftigt deshalb auch die Zurück-  
weisung des Gesetzes an Sektionen.

Unterdessen wird die Session unterbrochen  
und erst gegen Mitte September wird die Dis-  
kussion des für die politische Entwicklung Hollands  
so bedeutungsvollen Projektes wieder aufgenommen.  
Inzwischen darf nicht verkannt werden, daß die Si-  
tuation trotz der vorläufigen Stimmung weniger  
Gruppen im Allgemeinen doch ziemlich gespannt  
ist. Eine einflussreiche Partei sucht der Krone Ver-  
schlüsse zu inspiriren, welche in jeder Beziehung  
sehr bedauerlich wären. Unter dem Vorwand, daß  
jede Ausdehnung des Stimmrechts unbedingt zum  
allgemeinen gleichen Stimmrecht führen würde,  
und dann dem Bestehen der Monarchie gefährlich  
werden könnte, sucht diese Partei, die sogenannte  
konservativ-katholische, die Krone gegen das liberale  
Kabinet aufzubringen. In unterrichteten parla-  
mentarischen Kreisen spricht man sogar schon von  
einer drohenden Ministerkrise und einem neuen  
Ministerium Koell, welches der Reform des  
Wahlrechts allerdings ein sehr jähes Ende bereiten  
würde.

Unterdessen kann bis jetzt Bestimmtes nicht  
verrichtet werden, und es bleibt vorerst nichts  
übrig, als die weitere Entwicklung der Dinge ab-  
zuwarten.

## Frankreich.

Paris, 8. August. Die französische Regie-  
rung hat in der jüngsten Zeit einige Rundschrei-  
ben an ihre Präfecten und Sicherheitsorgane er-  
lassen, die zwar an sich merkwürdig sind, aber  
von dem Ministerpräsidenten nicht Wunder neh-  
men können, der beim Lesen der berühmten „Ur-  
kunden“ des Regers Norton blüht ausrief: „Hal-  
lo! das wir nicht in den Zeiten der alten Republik  
Benedikt leben! Damals konnte man Verdächtige  
in der Stille verschwinden lassen!“ Herr Dupuy,  
der mit dem besten Wille der Person du Ter-  
rail, Paul Fesal, Xavier de Montepin und ähn-  
licher großer Volksaufklärer genügt ist, kennt die  
Verheerungen, welche die Spionage ausrichtet.  
Ihn führt keine Verleumdung, kein falscher Verdacht,  
kein manerfahrender Mannebel hinter das Licht.  
Er durchschaut alle finsternen Geheimnisse, alle unter-  
irdischen Schliche und Viten der Einschleicher,  
die die Nacht in Frankreich allenthalben aufstehen  
und in der Dunkelheit mit ihren übernatürlich  
begabten Augen das arglos schlummernde Land  
beobachten, um am Morgen dem Monsieur de  
Bismarck (warum nicht? für Herrn Dupuy und  
Herrn Develle besteht ja auch noch der Wahn-  
sinn!) harklein zu berichten, wie Frankreich ge-  
schlafen hat. Er weiß, daß Frankreich von deut-  
schen Dörfern und Generalen besetzt ist, die  
hier als Kellner oder Fleischhauer beschäftigt sind,  
am Vorabend der Woblmachung verschwinden  
und am nächsten Tage vor ihren verblüfften ehe-  
maligen Bekannten an der Spitze einer preußi-  
schen Division oder mindestens eines Garde-  
Regimentes wiedererscheinen. Herr Dupuy  
weiß das alles und er will da endlich Wandel  
schaffen. Er hat also Befehl ertheilt, die Frem-  
den sorgsam zu überwachen, die „unter dem Vor-  
wand des Reisens“ in Bahnhof-Wartehäuser ein-  
dringen und sogar den Bahnsteig betreten,  
„hauptsächlich, um die französischen Bahnhof-  
und Bahneinrichtungen auszuforschten.“ Ein  
anderes Rundschreiben schreibt dieselbe Ueber-  
wachung für „die Fremden“ vor, „die unter dem  
Vorwande, Schiffer zu sein, die französischen  
Häfen und Kanäle zu bespioniren, um auf diesen  
Wasserstraßen zu spioniren.“ Diese beiden Rund-  
schreiben sind sehr lobenswerth und finden hier  
auch allgemeinen Beifall. Vielleicht wird man  
aber doch bedauern dürfen, daß sie etwas un-  
bestimmt gefaßt sind. Es ist nämlich nicht gesagt,  
ob schon der bloße „Vorwand des Reisens“ den  
Fremden verdächtig macht und Maßnahmen gegen  
ihn veranlassen soll, oder ob irgend ein nicht an-  
gegebenes Verbrechen hinzutreten muß, das dem  
Beamten gestattet, den Fremden, der reist, um zu  
reisen, vom dem Fremden zu unterscheiden, dem  
die Reise nur ein täuschender Vorwand ist. In  
diesem Zweifel werden Fremde, namentlich  
Deutsche, die ganz sicher gehen wollen, vielleicht  
gut thun, französische Bahnhöfe überhaupt nur  
mit verbundenen Augen zu betreten. Sie können  
sich ja von Einheimischen an der Hand führen  
lassen. Wenn sie den Führern ein reichliches  
Trinkgeld spenden, so wird dies von vornherein  
ein Grund sein, ihren Fall mit der zu beurtheilen.  
Freilich, wenn man dem gegenüber bemerkt, daß  
es noch einfacher sei, französische Bahnhöfe und  
Frankreich im Allgemeinen überhaupt zu meiden,  
so ist darauf nur zu erwidern, daß dies in der  
That gleichfalls eine Lösung ist.

Paris, 10. August. Das „Journal des  
Debats“ befaßt, daß der Liquidator der Panama-  
gesellschaft, Marquis, bei dem Handelsgerichte die  
Klage auf Rückzahlung von 100 Millionen Franks  
eingereicht hat, welche die an dem Subsidat für  
die Emission von Panama-Aktien beteiligten  
Institute seiner Zeit als Provision erhalten

haben. Ferner klagt der Liquidator auf Rück-  
zahlung von 50 Millionen Franks seitens der ersten  
Unternehmer.

Paris, 10. August. Die Nachricht, daß  
Schwierigkeiten in Madagaskar bevorstehen, wird  
offiziell demittirt. Dem stehen jedoch zahlreiche  
frei eingegangene Privatmittheilungen gegenüber.  
General Dods reiste heute Nachmittag von  
Paris nach Dahomey ab.

## Spanien und Portugal.

Madrid, 10. August. Die Ratifikation des  
Handelsvertrages mit Schweden und Norwegen  
ist vollzogen worden.

Geriethweise verlautet, daß eine Minister-  
krise bevorstehe; der Kriegsminister habe die Ab-  
sicht, seine Demission einzureichen.

## Dänemark.

Kopenhagen, 9. August. Das dänische  
Marineministerium hat in letzter Zeit wiederholte  
Veruche mit der Abfindung von Dörsen  
mittels Briefkasten anstellen lassen. So wurden  
niedererding von dem Vermessungsfahrzeug  
„Marstrand“, welches im Hafen von Malmö  
liegt, 27 Briefkasten abgelaufen. Jede Taube  
war mit einer, an das Marineministerium ge-  
richteten Dörsen versehen. Fünf dieser Dörsen  
gingen verloren, zwei erreichten Kopenhagen erst  
am Tage nach der Abfindung, zwanzig wurden  
an dem Tage der Abfindung empfangen. Die  
besten Tauben brauchten 17½ Stunden, um die  
etwa 14 Meilen lange Strecke zurückzulegen.  
Der schwedische Marine-Kapitän Elliot war  
dieser Tage im Auftrage der schwedischen Marine-  
verwaltung hier anwesend, um sich über das  
hiesige Briefkastenwesen zu informieren.

## Großbritannien und Irland.

London, 10. August. Unterhans. Der  
Parlamentarische Sekretär des Auswärtigen Grey  
erklärte auf eine Anfrage, nach den neuesten Informationen  
befänden sich Wataa und dessen Hauptlinge an  
Bord des britischen Kriegsschiffes „Ratona“, es  
sei somit deren persönliche Sicherheit verbürgt.  
Die schließliche Entscheidung hinsichtlich der  
Gegenstände der Verhandlung unter den drei  
Vertragsmächten sein.

Der Parlamentarische Sekretär des Kolonialamts,  
Burton, erklärte, die Swaziland-Konvention sei  
von noch nicht unterzeichnet worden. Eng-  
land könne die Schutzherrschaft in Swazi-  
land nicht aufgeben, da es eine solche nie be-  
zogen habe.

London, 10. August. Wie dem „Reiter-  
schen Bureau“ aus Buenos-Ayres „gemeldet wird“,  
sind die Radikalen in La Plata eingedrungen.  
Der Kriegsminister del Valle habe die Entlassung  
beider Parteien heute angeordnet. Die Radikalen  
forderten die Anerkennung ihrer Regierung, der  
Kongress verweigere jedoch dieselbe. Die Mi-  
nister seien hierüber getheilte Meinung. Es  
gehe das Gerücht von einer bevorstehenden Mi-  
nisterkrise.

London, 10. August. Nach einer Draht-  
meldung aus Washington wird der Aufstand auf  
Samoa demnächst den Gegenstand der Erörterung  
im Kabinet bilden. Schatzminister Gresham werde  
darauf bringen, daß ein amerikanisches Kriegs-  
schiff in den samoanischen Gewässern dauernd  
stationirt werde und vorstellen, Großbritannien  
und Deutschland dürften einen ungebührlichen Ein-  
fluß auf Samoa erlangen, wenn die Regierung  
der Vereinigten Staaten nicht die Macht beiste,  
der Autorität ihres Konsuls Nachdruck zu geben.

## Afrika.

Das ägyptische Kriegsministerium hat ein  
Kommande veröffentlicht, nach welchem den von  
der Dase Khargat in Ägypten eingeflossenen Nach-  
richten zufolge eine Abtheilung Dervische unter  
dem Kommando von Osman Ayraf am 25. Juli  
in die Dase Bernis abgezogen ist. Diese Ab-  
theilung kam von Dongola und hatte sich zuerst  
in die Dase Salimah begeben, von wo sie nach  
der von Bernis abging. Sofort nach Eintreffen  
dieser Nachricht ist eine Abtheilung ägyptischer  
Truppen, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und  
Artillerie, von Ägypten nach Gize abgezogen wor-  
den. Eine Abtheilung des sudanesischen Bataillons  
ist gleichfalls von Assuan nach Gize abgereist.  
Die a la suite dieser Truppen stehenden Offiziere  
haben Kairo am 31. Juli Abends verlassen.

Es weit das erwähnte Kommande. Kaire-  
ner Blätter wird noch berichtet, daß die Der-  
wische in einer Stärke von 500 Mann (wie ein  
Blatt meldet, unter Führung von Osman Digma)  
El Wahat erreicht haben. Der Mudir forderte  
telegraphisch militärische Unterstützung, welche sofort  
zugelegt wurde. Einige Orte wurden bereits  
von den Dervischen geplündert und die Scheichs  
zu Gefangenen gemacht.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. August. Der Minister des  
Innern hat durch Verfügung vom 31. Juli 1893  
den Erlaß vom 18. April 1890, soweit er sich  
auf die Herausziehung einzelner Genannten durch  
die Landräthe bezieht, in seiner Anwendung auf  
alle Fälle ausgedehnt, in denen eine Gefähr-  
dung oder Störung der öffentlichen Ordnung und  
Sicherheit, zu deren Beseitigung die vorhandenen  
Polizeikräfte nicht ausreichen, eingetreten ist oder  
ernstlich befürchtet wird.

Die Verringerung des Grundkapitals einer  
Aktiengesellschaft durch Amortisation von Aktien  
an dem Gewinn hat für die Veranlagung zur  
Einkommensteuer zur Folge, daß der amortisirte  
Theil des Grundkapitals bei Berechnung des der  
Aktiengesellschaft zu gute kommenden Abzugs von  
34½ Prozent ausschleidet. Der im Einkommen-  
steuergesetz gestattete Abzug ist nur für einge-  
zahltes, also thatsächlich vorhandenes und ar-  
beitendes Aktienkapital zu machen. Sofern in  
dem Statut einer Aktiengesellschaft die Amorti-  
sation der Aktien in der Weise vorgegeben ist, daß  
sie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel aus-  
geloost und baar heimgezahlt werden, dem Inhaber  
aber ein Guthaben zu gleicher Höhe in der  
Bestimmung erteilt wird, daß bei Auflösung der  
Gesellschaft vor Amortisation sämtlicher Aktien  
die Guthabenshaber sich den bereits zurück-  
empfangenen Kapitalbetrag in Anrechnung bringen  
müssen, und daß sie nur mit den Aktien an  
Superdividenden theilnehmen, so haben diese  
Guthabenshaber nicht mehr eine Kapitalen-  
lage in dem Unternehmen, mit der sie gleich den  
Aktionären für die Gesellschaftsschulden verhaftet



